

Die „Volksmacht“ erscheint jeden Samstag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Wapenstraße 8/8, durch die Post und durch Botenpost zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Erweiterungsbeitrag beträgt für die einzelnen Hefen oder deren Teile 20 Pfennige, für Bezugs- und Veranlagungs-Konten 10 Pfennige. Anträge für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 98

Mittwoch, den 22. April 1903

14 Jahrgang

Sozialdemokratie und Kirche.

„Die Sozialdemokraten wollen den lieben Gott abschaffen!“ Diese Lebensart wird auch im kommenden Wahlkampf wieder eine Rolle spielen, denn es ist nichts so albern, als was es nicht gegen die Sozialdemokratie ausgespielt würde.

Es fällt schwer, auf diese Anzuspinnungen sachlich zu antworten. Wie kann ein Christ überhaupt solch eine Behauptung aufstellen? Wenn er überzeugt ist, daß ein Gott im Himmel lebt, dann weiß er auch, daß dieser sich nicht von den Sozialdemokraten „abgeschaffen“ läßt und daß er es auch nicht dulden würde, wenn wir seine Anbetung und Verehrung durch die Menschen verhindern wollten. Die Sozialdemokraten können also den lieben Gott nicht abschaffen und können es auch nicht verhindern, daß Tausende an ihn glauben und ihn verehren.

Was wir zu beweisen haben, ist jedoch vor allem, daß die Sozialdemokratie gar nicht die Absicht und den Willen hat, den religiösen Kultus zu stören.

Als ersten Beweis könnten wir dafür anführen, daß sich unter den Sozialdemokraten unzählige befinden, die fromme Christen sind. Und zwar nicht nur unter den verführten Schäfchen, sondern sogar unter den verhassten Führern der Sozialdemokratie giebt es gläubige Christen.

Wir nennen da in erster Linie den sozialdemokratischen Schriftsteller und Reichstagskandidaten Paul Göhre, der früher evangelischer Pastor war und sich auch jetzt noch seinen Glauben an Gott, den Vater, und an Jesus, den Gottessohn, bewahrt hat. Seine christliche Ueberzeugung hindert ihn nicht daran, für die sozialdemokratische Partei zu wirken, ja er gehört nicht einmal dem gemäßigten, sondern dem sogenannten radikalen Flügel der Partei an.

Wir nennen an zweiter Stelle den evangelischen Pfarrer Blumhardt in Bad Boll in Württemberg. Der Mann stammt aus einer alten frommen Pastorenfamilie, die seit Generationen das Pfarramt in Bad Boll bekleidet hatte. Trotz seiner starken religiösen Ueberzeugung ist Blumhardt sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Württemberg — was beweist, daß fromme Christen es in der Sozialdemokratie so zu Ehren bringen können. Pfarrer Blumhardt, dessen religiöse Ueberzeugung einen starken persönlichen Zug an sich hat, hat sogar, wenn wir recht unterrichtet sind, bei seinem Uebertritt zur Sozialdemokratie erklärt: „Ich habe meinen Gott befragt, ob ich den Schritt zur Sozialdemokratie unternehme.“ Das mag für einen Freigeist etwas anders klingen, es beweist doch jedenfalls, daß sozialdemokratische Gesinnung und christlicher Glaube sich nicht ausschließen.

Dieselbe Ueberzeugung hat übrigens auch Konfirmandenrat Franz in Danzig ausgesprochen, der zwar selbst nicht Sozialdemokrat ist, es aber doch für sehr wohl möglich hält, daß ein Christ auch Sozialdemokrat sein kann.

Solche Zeugnisse sind aber nicht nur auf evangelischer, sondern auch auf katholischer Seite vorhanden. Vor einem Jahre etwa haben wir eine Rede des katholischen Pfarrers Mac Grady in Nordamerika abgedruckt, der sich offen zur Sozialdemokratie bekannte und seine Gemeindeglieder aufforderte, auch Sozialdemokraten zu werden.

Dann erinnern wir an die Rede des katholischen Pfarrers J. Hagerty in St. Louis, die wir erst vor wenigen Tagen abdruckten und in der es unter anderem hieß:

„Es mag manchem meiner Zuhörer sonderbar erscheinen, daß ein Priester der katholischen Kirche als Redner in einer sozialistischen Versammlung auftritt. Ich bin mir voll bewußt, daß ich durch meine sozialistische Tätigkeit nur das tue, was uns der Begründer der christlichen Religion gelehrt hat, denn der Sozialismus enthält alles Gute, was die christliche Religion lehrt, und noch viel mehr dazu. . . .“

Wer heute die Wahrheit liebt, wer für Recht und Gerechtigkeit eintritt, der muß heute Sozialist sein, mit den

Sozialisten für die Befreiung der Arbeit kämpfen, widrigenfalls er selbst zum Heuchler wird, ob er will oder nicht.

Die Befreiung der Arbeiter aus dem Joche der Lohnsklaverei bedeutet die Befreiung der Menschheit, denn die künftige Gesellschaft wird nicht den Geldsack und die Habsucht abeln, sondern die Arbeit und die wahre Menschlichkeit.

Zu der modernen Arbeiterbewegung und im Sozialismus liegt das Heil der Arbeiterklasse.“

Schließlich sei noch der schweizer Pfarrer Pflüger genannt, der besonders durch seine schöne Predigten anlässlich der Mairfeier bekannt geworden ist.

Vielleicht fragt der Leser, woher es kommt, daß vorzugsweise ausländische Geistliche es sind, die sich nicht scheuen, öffentlich als Sozialdemokraten aufzutreten. Die Antwort ist nicht schwer. In Deutschland kann kein Pfarrer diesen Schritt wagen, wenn er nicht sein Amt und seine Existenz auf's Spiel setzen will. Wohl mögen im geheimen ungeschätzte christliche Wortführer mit der Sozialdemokratie sympathisieren, wohl mag es sie hinziehen zu der großen Partei der Opfervilligen, aber öffentlich können sie den Schritt nicht wagen.

Nicht nur mit der evangelischen und katholischen Lehre hat sich oft sozialdemokratische Gesinnung vereinigt, und sind auch jüdische Prediger bekannt, die ihre Stimme dem Sozialdemokraten geben.

Wohl soll nicht bestritten werden, daß die Sozialdemokratie, die in politischer Beziehung eine Partei der Freiheit ist, auch die freidenkenden religiösen Kreise anzieht. Und wahrlich sind es nicht die schlechtesten Elemente des Freidenkertums, die sich zur Sozialdemokratie hingezogen fühlen. Diesen Zug nach links finden wir ganz natürlich und die Freireligiösen sind uns willkommene Genossen.

Aber ebenso willkommen ist uns der Christ, wenn er die Forderungen des sozialdemokratischen Programms anerkennt.

Eine prinzipielle Kampfstellung gegen die Kirche kennen wir nicht.

Küßt aber die Kirche ihre Macht aus zu politischen Zwecken, dann tabeln wir das energisch und scheuen uns nicht, den Kampf gegen sie aufzunehmen.

Wird der Reichstuhl oder die Kanzel gebraucht zu politischer Propaganda, dann kämpfen wir gegen diesen Mißbrauch.

Sucht ein Diener der Kirche seine kirchliche Autorität in weltlichen Dingen geltend zu machen, wie bei Wahlangelegenheiten, dann müssen wir gegen diese Geiseln streiten.

Predigt ein Pfarrer in der Kirche: Liebe deinen Nächsten! und treibt draußen Judenpog, dann nageln wir solche Widersprüche fest, wie Herr Stöcker bestätigen kann.

Beten die Frommen „Unser täglich Brot gib uns heute“ und verleuern dem armen Mann das tägliche Brot, dann decken wir den Widerspruch zwischen Worten und Taten auf.

Stützen sich die Anhänger des Christentums auf das Bibelwort: „Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelohr gehe, als daß ein Reicher in den Himmel komme“ und sammeln dabei irdischen Reichtum auf wie die Päpste, dann machen wir alle Welt auf die Gegensätze aufmerksam.

Rufen die Christen aus: „Du sollst nicht töten“ und segnen die Waffen der in den Krieg ziehenden, so will es uns nicht in den Kopf, daß dies mit einander vereinbar sei.

Die Sozialdemokratie schreibt keinem ihrer Mitglieder die religiöse Ueberzeugung vor, aber sie wird immer bemüht sein, den Gegensatz aufzuklären, der bei den heutigen Christen nur zu oft zwischen christlichen Lehren und unchristlichen Taten klafft.

Was verlangt denn nun eigentlich die Sozialdemokratie von der Kirche. Das ist in den beiden Programmsätzen niedergelegt, die wie folgt lauten:

Erlösung der Religion zur Privatsache, Abschaffung aller Anwendungen aus öffentlichen Mitteln an kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen. Die Religion soll Privatsache des Einzelnen, nicht Sache des Staates sein.

Jeder Bürger sei frei in seiner Religionsübung, der Staat mische sich nicht herein.

Der Staat hindere auch nicht die Karriere eines Beamten, dessen Religion ihm nicht paßt.

Der Staat zwinge den Soldaten nicht zum Besuch der Kirche.

Der Staat mache den Eltern keine Schwierigkeiten, wenn sie ihre Kinder nicht taufen lassen.

Der Staat verlange keine Steuern zu kirchlichen Zwecken von Bürgern, die keine Beziehungen mehr zur Kirche hegen.

Die Erledigung aller religiösen Angelegenheiten soll Sache der kirchlichen Gemeinschaften sein. Die Gläubigen mögen sich zusammenscharen, Gotteshäuser bauen und Diener des Wortes anstellen, das ist ihre Sache. Der Staat kümmere sich darum nicht. So wie sich die ethischen Gesellschaften oder freireligiösen Gemeinden ihre Sprecher selbst anstellen und besolden, ihre Gemeindehallen selbst erbauen, so mögen es auch die verschiedenen christlichen Konfessionen tun.

Daß sich die Kirchen dabei schlechter ständen als heute, ist durchaus nicht gesagt. Wenigstens sehen wir in Nordamerika die katholische Kirche und die evangelische Kirche, obwohl sie keine Staatskirchen sind, ganz prächtig gedeihen. Und es giebt auch unter unseren Christen ehrliche Führer genug, die die Trennung von Kirche und Staat verlangen, weil die Verbrüderung eine unnatürliche ist.

Wie ernst es die Sozialdemokratie meint mit der Freiheit der Religion für jeden einzelnen, beweist doch ihre Haltung zum Jesuitengesetz.

Wenn wir die Anbetung Gottes verhindern wollten, könnten wir dann für die Zulassung der Jesuiten stimmen? Sozialdemokratie und Jesuiten sind doch wahrlich sonst keine Freunde, aber trotzdem stimmte unsere Partei stets für Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Heute werden Tausende gezwungen, in einer Kirchengemeinschaft mitzugehen, der sie innerlich nicht mehr angehören, weil sie sich vor wirtschaftlichen Nachteilen und bürgerlichen Unbequemlichkeiten fürchten. Ist das im Interesse des christlichen Glaubens wünschenswert? Wir glauben nicht.

Ist es erwünscht, daß der Staat mit seinem Geld und seinen Beamten einem Kinde lehrt, die evangelische Religion sei die rechte und die katholische sei falsch, während derselbe Staat dem zweiten Kinde sagt: die katholische Lehre ist die allein selig machende und die evangelische Lehre ist verkehrt? Wir können uns auch, vom Standpunkt des guten Christen aus gesehen, nicht denken, daß dies auf Kind und Staat den besten Eindruck machte.

Aus allen diesen Gründen ruft die Sozialdemokratie: **Trennung der Kirche vom Staat!** Beide haben verschiedene Funktionen zu erfüllen; jene bemüht sich um jenseitige Wohlfahrt der Menschen, dieser hat weltliche Aufgaben.

Ein feines religiöses Gemüt müßte die sozialdemokratische Forderung begrüßen. Die Religion soll Herzenssache des Einzelnen sein, sie gehört nicht auf den Markt, sie hat auch nicht den Staat zu kümmern.

Die Sozialdemokratie will also nicht den lieben Gott abschaffen.

Sie will Freiheit in religiösen Dingen für jedermann.

Deshalb kann jeder Fromme ebensojog sozialdemokratisch fühlen, wie der Freidenkende!

Politische Uebersicht.

Der Reichstag versammelte sich nach den Osterferien in einer Kappstahl, die um die Grenze, wo Beschlußfähigkeit und Beschlußunfähigkeit sich scheiden, herumpendelte.

Nach behaltener Erledigung einer kleinen Vorlage trat das Haus in die Beratung der Bekanntmachung betr. Sicherung des Wahlheimnisses ein.

Zunächst gab es eine kurze Geschäftsordnungsdebatte. Abg. Gröber, der Zentrumsjurist, stellte fest, daß es sich bei der Vorlage um eine Bekanntmachung oder Verordnung des Bundesrats handelt.

Die Beratung der Vorlage gestaltete sich recht lebhaft, wenn auch nach der eingehenden Dreierörterung Neues naturgemäß nicht vorgebracht werden konnte.

Die Beratung der Vorlage gestaltete sich recht lebhaft, wenn auch nach der eingehenden Dreierörterung Neues naturgemäß nicht vorgebracht werden konnte.

Bei den Voten sprachen sich unsere Genossen Ged und Biss, sowie die Freiwiligen Bachmaier, Richter und Hausmann-Töbinger für die Vorlage aus, ohne ihre prinzipielle Unzulänglichkeit zu verkennen.

Die Vorlage wurde mit großer Mehrheit angenommen, gegen sie stimmten nur die beiden konservativen Fraktionen mit 3 Ausnahmen.

Interessante Details zum Fall Hüfener. Die „Menschlich-Bestialische Zeitung“ enthält lehrwürdige Mitteilungen über den Fall Hüfener und die Gefühle der Bürgerchaft in Wien.

Nach der Behauptung des Hüfener sollen die Zeitschriften von zwei Borgeleitern in Kiel mit der Zeitung in den Umlauf entlassen worden sein, ohne daß sie von den gemeinen Soldaten vorläufiglich geprüft wurden.

Der Prinzipienreiter.

Eine Geschichte aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloch.

„Edler!“ rief er. „Ich werde die Wünsche meiner gewohnten Unterthanen in die wohlwollendste Ermüdung setzen und sobald als möglich meine Gutsherrschaft ändern.“

Der Sprecher der Deputation verbeugte sich beifolgend ehrerbietig.

Wir werden uns glücklich schätzen, erlenen Willkürern mitreden zu können, wie gnädig ihre Willkür von unsrerseits durch den Landesverwalter angerufen worden sind.

Der Herr wollte eben die Deputation erwidern, als der Herr nochmals vortrat und, ohne sich durch die Reden des Herrn Deputierten erschrecken zu lassen, die Frage stellte: „Und welche Garantien bietet man uns dafür, daß die Willkür des Volkes nicht wieder?“

Die Lippen des Selbstherrlichen schoben Blitze auf den verwegenen Schulmeister, der Deputierten aber beruhigte sich ein wenig und erteilte Entschuldigend: „Mein Herr, die Deputation sprach die Absicht.“

Wir werden diesen schmerz und bedeutenden Augenblick nicht leicht vergessen, daß wir freies Willkürern in die gefährlichen Verwicklungen unserer gnädigen Landesverwalter setzen.“

„Edler!“ rief er. „Ich werde die Wünsche meiner gewohnten Unterthanen in die wohlwollendste Ermüdung setzen und sobald als möglich meine Gutsherrschaft ändern.“

Der Herr wollte eben die Deputation erwidern, als der Herr nochmals vortrat und, ohne sich durch die Reden des Herrn Deputierten erschrecken zu lassen, die Frage stellte: „Und welche Garantien bietet man uns dafür, daß die Willkür des Volkes nicht wieder?“

Die Lippen des Selbstherrlichen schoben Blitze auf den verwegenen Schulmeister, der Deputierten aber beruhigte sich ein wenig und erteilte Entschuldigend: „Mein Herr, die Deputation sprach die Absicht.“

Wir werden diesen schmerz und bedeutenden Augenblick nicht leicht vergessen, daß wir freies Willkürern in die gefährlichen Verwicklungen unserer gnädigen Landesverwalter setzen.“

„Edler!“ rief er. „Ich werde die Wünsche meiner gewohnten Unterthanen in die wohlwollendste Ermüdung setzen und sobald als möglich meine Gutsherrschaft ändern.“

im Ueberhaute berichtet hat, nach welcher die jungen Rabetten selbst sich vor der Abreise aus Kiel gegenständig das Wort gegeben hätten, jeden Soldaten zu stellen, welcher sie nicht grüße oder dessen Kleidung nicht vorchriftsmäßig sei.

Die Polier dieser Absprache haben sich an mehreren Orten bemerkbar gemacht, u. a. auch in Schalle, wo Erstereiten gemeine Soldaten auf der Straße „Kellern“, aber durch die drohende Haltung der Arbeiterbevölkerung gezwungen wurden, sich rasch zurückzuziehen.

Es ist nicht zu verwundern, daß sich die Sozialdemokraten dieses ausgezeichneten Wahlkampfmittels bedienen. Es wäre aber verfehlt, mit einem Tadel solcher Wahlvorbereitung die Sache bewenden zu lassen.

Einen Augenblick sind die bürgerlichen Parteien aufgeschreckt. Wartet nur acht Tage, dann schlafen sie wieder ruhig im Kreise und die Bekämpfung des Militarismus und seiner Auswüchse überlassen sie der Sozialdemokratie.

Nach der „Post“ hat Hüfener auf dienstlichem Wege Beschwerde gegen seine Verhaftung eingelegt, weil er glaube, vollständig der Instruktion gemäß gehandelt zu haben.

Ein Zeugnis für Eugen Richter. Das Wahlbüchlein zur Reichstagswahl 1903, das eben von dem Vorstande der Deutschen konservativen Partei ausgegeben worden ist, schreibt über die Freiwilige Volkspartei:

In demjenigen Kreise, in denen die Entscheidung zwischen einem Kandidaten der Freiwiligen Volkspartei gegen einen Sozialdemokraten, Nationalsozialen oder Radikalschlupfer zu treffen ist, wird von konservativer Seite stets für das kandidierende Mitglied der Reichstagspartei eingetreten sein.

Der so geschätzt wird von den Konservativen, der muß ein rechter Freund des Volkes sein.

Das Reichsarbeitsblatt. Die „Berliner Korrespondenz“ meldet: Am 21. d. M. erhielt man einen Brief aus dem Reichsarb. Arbeitsblatt.

Der Abg. Deubach an der Personalberatung des Grafen Poensbroech betraf das von letzterem angebotene Nachweises, daß die Arbeiter der Gewerkschaften...

Poensbroech, bei der Entscheidung die Konfessionalität völlig ausgeschlossen und nur die strengste Wissenschaft hat das Wort.

Ein neuer Ruck für Soldaten. Der Kaiser hat für das ganze Heer die Einführung einer neuen Litewka aus grauem Tuch angeordnet.

Freiheitlichkeit giebt nicht. Die Nummer 13 der „Freiheit“, Zeitschrift für Kritik und Satire, ist wegen eines Artikels über das Aufführungsverbot des Hoftheaters...

Ausland.

Ein demokratischer Bürgermeister in Stockholm. Am Freitag fand in Stockholm Bürgermeistereiwahl statt, das heißt: städtische zum Reichstag wahlberechtigten Personen der Hauptstadt sollten darüber abstimmen, welche Männer der Regierung zur Befestigung des Bürgermeistereipostens in Vorschlag gebracht werden sollten.

Die spanische Regierung hält die Schließung der in Melilla gelegenen marokkanischen Kolonialverwaltung für unabwendbar, so lange die Oberhoheit des Sultanats im Rifgebiet nicht hergestellt ist.

Hungersturz in China. Nach Meldungen aus der Provinz Kwangsi sterben dort Tausende als Opfer der Hungernot.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 22. April 1905.

„Die Frauen und die Reichstagswahlen“, so lautet das Thema, das Genossin Emma Ihrer am nächsten Sonntag Abend 6 Uhr im Gewerkschaftshause in einer öffentlichen Frauenversammlung behandeln wird.

Referatübung und Reichstagswahlen. Aus der „Schlesischen Zeitung“ entnehmen wir, daß in Schlesien 14 tägige Übungen der Referatisten vom 19. Juni bis 2. Juli bzw. 23. Juni bis 6. Juli und der Landwehrlente vom 19. Juni bis 2. Juli und 24. Juni bis 7. Juli verpflegt werden sind.

Die betreffenden Mannschaften würden danach außer Stand gesetzt sein, sich an etwaigen Stichwahlen, wie sie zahlreich in der Provinz Schlesien notwendig werden, zu beteiligen.

Achtung, Arbeiter in Breslau und Schlesien! Kein Arbeiter gehe nach Bremen, Hamburg, Norddeutsche Volksstimme teilt mit, daß der Lloyd jetzt, nachdem seine Hausreisiger bei der Ankunft in Bremerhaven von den dortigen Arbeitern abgefanan und zur Rück-

„Ich habe mich nicht mühen.“ Bevor ich nicht mehrere Garantien habe, glaube ich an gar nichts.“

„Sie haben sich nicht mühen, was das Prinzip seiner Durchsetzung ist, meine Dr. Hanger“ in überhöflichen Ton.

„Daher der Name Hanger“, erwiderte Thiel spöttisch. „Denn jetzt er seine „Angst“ auf und wandte sich zum Gehen.“

„Das ist ganz alle Gültens“, sagte Dr. Hanger entsetzt. „Was, Thiel?“

„Nicht, sondern Schulmeister“, erwiderte eine helle Stimme. „Ich habe mich nicht mühen, was das Prinzip seiner Durchsetzung ist, meine Dr. Hanger“ in überhöflichen Ton.

„Daher der Name Hanger“, erwiderte Thiel spöttisch. „Denn jetzt er seine „Angst“ auf und wandte sich zum Gehen.“

Die Lippen des Selbstherrlichen schoben Blitze auf den verwegenen Schulmeister, der Deputierten aber beruhigte sich ein wenig und erteilte Entschuldigend: „Mein Herr, die Deputation sprach die Absicht.“

Wir werden diesen schmerz und bedeutenden Augenblick nicht leicht vergessen, daß wir freies Willkürern in die gefährlichen Verwicklungen unserer gnädigen Landesverwalter setzen.“

„Edler!“ rief er. „Ich werde die Wünsche meiner gewohnten Unterthanen in die wohlwollendste Ermüdung setzen und sobald als möglich meine Gutsherrschaft ändern.“

Der Herr wollte eben die Deputation erwidern, als der Herr nochmals vortrat und, ohne sich durch die Reden des Herrn Deputierten erschrecken zu lassen, die Frage stellte: „Und welche Garantien bietet man uns dafür, daß die Willkür des Volkes nicht wieder?“

Die Lippen des Selbstherrlichen schoben Blitze auf den verwegenen Schulmeister, der Deputierten aber beruhigte sich ein wenig und erteilte Entschuldigend: „Mein Herr, die Deputation sprach die Absicht.“

Wir werden diesen schmerz und bedeutenden Augenblick nicht leicht vergessen, daß wir freies Willkürern in die gefährlichen Verwicklungen unserer gnädigen Landesverwalter setzen.“

„Edler!“ rief er. „Ich werde die Wünsche meiner gewohnten Unterthanen in die wohlwollendste Ermüdung setzen und sobald als möglich meine Gutsherrschaft ändern.“

Neuertes Kapitel. Geheime Triebkräfte.

Heinrich Thiel, der demokratische Schulmeister, nahm keinen schlechten Jörn aus dem fürstlichen Salosse mit sich fort. Es lodete förmlich in ihm, denn er sah sich blamiert. Mit männlichem Mut war er vor den allmächtigen Fürsten getreten, all in seine Genossen, die e erdärmlichen Speßhänger, hatten ihn verurteilt und schließlich hatte ihn eine fürstliche Krawatte dem Sporn preisgegeben.

Schule wurde heute nicht gehalten und der junge Mann lief ziellos durch die Straßen, ohne zu wissen, wohin er wollte und wohin er kam, während die Vorübergehenden ihn verwundert anschauten und sich fragten, ob der Herr Lehrer denn übersehen hätte sei, denn er sah wie geistesabwesend drein.

„In Breslau und Uhl. der?“ antwortete sie lachend. Sie kamen von der ersten Deputation und da sind Sie, wie es scheint, noch ganz aufgelegt.“

„Kann sein!“ kamte er. „Es, da kommen Sie doch herein!“ rief sie. „Baba und die Schokolade spielen ja heute vor Neugier, wie es gegangen ist!“

„Und Sie wohl auch?“

„Kann sein!“ kamte er. „Es, da kommen Sie doch herein!“ rief sie. „Baba und die Schokolade spielen ja heute vor Neugier, wie es gegangen ist!“

„Und Sie wohl auch?“

„Kann sein!“ kamte er. „Es, da kommen Sie doch herein!“ rief sie. „Baba und die Schokolade spielen ja heute vor Neugier, wie es gegangen ist!“

„Und Sie wohl auch?“

reife bewegt worden sind, die von auswärtig angeworbenen Arbeiter nach dem am jenseitigen Weserufer liegenden Nordham dirigiert, wo sie zunächst für eine andere Firma beschäftigt werden. Es ist aber zweifellos, daß auch diese Leute, die wiederum aus Breslau kamen, für den Lloyd bestimmt sind. Es wird deshalb an alle Parteigenossen allerorts das wiederholte Ersuchen gerichtet, für Fernhaltung des Zuguges nach der Unterweser zu wirken. Das ist dringend notwendig im Interesse der Bremerhavener Arbeiter, die ihres Koalitionsrechtes beraubt werden sollen.

*** Die brutale Entrechtung der Arbeiter durch Unternehmer,** die den Arbeitern die gesetzlich gewährte Koalitionsfreiheit rauben, ist bekanntlich in jüngster Zeit wieder in großem Umfange geübt worden. Wir erinnern nur an die Vorgänge in Bremerhaven, an die Aussperrung der Metallarbeiter in Iserlohn, der Schuhmacher in Birmensfeld und an die mittlerweile wieder durch das oserfreudige Verhalten gemäßigter Arbeiter rückgängig gemachte Aussperrung der Krefelder Textilarbeiter. Das unerhörte Vorgehen der Unternehmer hat starken Widerspruch auch in manchen bürgerlichen Blättern gefunden. So schreibt das hiesige Organ des Zentrums, die „Schlesische Volkszeitung“:

Wir wollen nicht bestreiten, daß die Arbeitgeber ebenfalls das Koalitionsrecht haben wie die Arbeiter, aber hier liegt entschieden ein Mißbrauch des Koalitionsrechtes der Arbeitgeber vor. Es ist etwas ganz anderes, ob die Arbeiter nur durch Arbeitsentlassungen oder durch Aussperrungen anzuhalten sind, die dem Arbeitgeber einen Gewinn etwas schmälern, ihn aber doch nicht erloslos machen, oder ob Tausende von Arbeitern brotlos gemacht werden, weil ein kleiner Teil von ihnen in einem einzelnen Betriebe zu arbeiten sich weigert. Das ist eine barbarische Ueber-spannung eines gesetzlichen Rechtes, die von jedem Feinde einer friedlichen sozialen Entwicklung entschieden mißbilligt werden muß und nur dazu dienen kann, den betroffenen Arbeitern, auch wenn sie vielleicht mit ihrer ursprünglichen Forderung nicht ganz im Rechte waren, die allgemeine Sympathie zu antzuehen. In der letzten Zeit sind wiederholt auch christliche Gewerkschaften, die gewöhnlich und verständlich geübt werden, in solche Streikaktionen verwickelt worden. Sie verdienen dann die vollste Unterstützung aller Billigdenkenden, namentlich auch durch materielle Hilfe.

Das ist ja ganz gut gesagt, wir können uns aber nicht der Ueberzeugung erwehren, daß die Entrüstung der „Schlesischen Volkszeitung“ ihre Ursache lediglich darin findet, daß auch christliche (katholische) Gewerkschaftler in den hier in Betracht kommenden Fällen der Brutalität der Arbeitgeber zum Opfer fielen. Wenn es sich nur um „sozialdemokratische“ Gewerkschaftler handelte, ist es dem Blatte noch nicht eingefallen, Stellung gegen die „barbarische Ueber-spannung eines gesetzlichen Rechtes“ zu nehmen, ja, es hat sich im Gegenteil in solchen Fällen immer parteiisch auf die Seite der Arbeitgeber geschlagen und gehässig über die gemäßigten Arbeiter geurteilt.

*** Die Sozialdemokratie ist entlarvt!** Sie ist die furchtbare Feindin der deutschen Arbeiter! Das ist freilich eine alte Geschichte, die besonders bei Wahlen in allen denkbaren Variationen von einer gewissen Sorte Gegner gepredigt wird, aber bewiesen, wirklich und ganz unzweifelhaft bewiesen ist diese Behauptung doch eigentlich jetzt erst. Für Breslau und Schlesien hat das Verdienst, die Beweise für die ungläubliche Arbeiterfeindschaft der Sozialdemokratie aller Welt kund gemacht zu haben, unsere brave „Schlesische Zeitung“. Sie bringt nämlich die „Ent-hüllungen“ eines „ehemaligen sozialdemokratischen Agitators“ aus dem „Bogländischen Anzeiger“ zur weiteren Verbreitung durch den Abdruck einiger Teile dieser „Ent-hüllungen“, die für die Sozialdemokratie geradezu vernichtend sind. Angesichts der gewaltigen Bedeutung des Ereignisses können wir uns nicht der Pflicht entziehen, wenigstens das, was die „Schlesische Zeitung“ veröffentlicht, auch unseren Lesern mitzuteilen, mit dem Bedauern, daß uns leider der „Bogländische Anzeiger“, der die ganzen Enthüllungen brachte, nicht zur Verfügung steht. Die „Schlesische Ztg.“ teilt also folgendes aus den Enthüllungen über die Sozialdemokratie mit:

„Nimmt man die sozialdemokratischen Führer ernst, so kann man den Gedanken nicht von der Hand weisen, daß sie die Arbeit immer anstreben machen wollen, um, wenn die Unzufriedenheit den Höhepunkt erreicht hat, die armen verärrten Arbeiter vor die Wandlungen der „Steinalibrischen“ zu bringen. ... Ebenso wie sie die Arbeiter systematisch verheizen und sie dadurch ins Juchens bringen (siehe Köbsters Landfriedensbruch-Prozess), ebenso wie sie die Arbeiter systematisch zum Meineid treiben (siehe Essener Meineidprozeß), um Gerichten vor Strafe zu beharren, ebenso wie sie andere, Unschuldige, für sich ins Gefängnis gehen lassen, weil sie zu feige sind, das, was sie geschrieben, mit ihrem Namen zu bezeichnen, ebenso leichten Herzens würden sie die Arbeiter auch auf die Garrikablen führen, wenn heute nicht die Unmöglichkeit vorläge, das ein verurteiltes Verbrechen nur im geringsten Ausmaß auf Erfolg hätte. Gewissenlos hätte die Partei sicher nicht. Die Arbeiter sind ihnen ja nur Mittel zum Zweck! Hat doch der Konsumvertriebsdirektor Jbbisch in Plauen in einer öffentlichen Textilarbeiter-versammlung ganz unversehrt erklärt: „Wenn der Arbeiter die paar Pfennige für den Beitrag nicht mehr bezahlen kann, mag er den Strick nehmen!“

Wenn nach einer solchen niedererschmetternden Entlarvung der Sozialdemokratie sich die Arbeiter nicht in Scharen von einer derart schändlichen Partei abwenden, wird sicher der Redakteur der „Schles. Zeitung“, der diese unglücklich schme Beschichte zum Abdruck brachte, aus Verzweiflung selbst den Strick nehmen. Es wäre schade um den Schaf-fenden Kopf.

*** Unzufriedene christliche Bergarbeiter.** In Oberschlesien werden auch die noch frommgenannten Bergleute angesichts der stetigen Lohnverschlechterungen immer rebellischer. In einer am Sonntag Nachmittag in Königshütte abgehaltenen Versammlung des Christlichen Bergarbeitervereins, welchem auch Nichtmitglieder, im Ganzen etwa 300 Bergleute beizuhören, gelangte nach einem Bericht der „Schles. Ztg.“ ein Antrag betreffend Lohnhöhung der Wagenstößer zur Beratung. Ein Bergmann legte die Aufstellung eines Haushaltsplanes, für 7 Köpfe einer Familie berechnet, vor, wonach die Ausgaben auf jährlich 975 Mk. festgesetzt sind. Da der Schichtlohn eines Wagenstößers nur 3.25 Mk. betrage, so seien dazu mit nur die Ausgaben von 300 Toren des Jahres nicht

Bergwerksdirektor Bunge, nebst folgender Petition zu überreichen: „Den Wagenstößern eine Zulage von 20 Pf. für die Schicht und 20 Zentner Freilohe jährlich zu gewähren, in der Schmiebe einen Aufseher für die Ausgabe des „Schälms“ (Werkzeug) anzustellen, den Bergleuten als Brennmaterial nur die beste Kohle verabfolgen und beim Bergbau nur fürstlich-Dachauer Bier verzapfen zu lassen.“

*** Zur Wahlbewegung.** In Ohlau-Strohles-Nimptsch hat das Zentrum Herrn Amtgerichtsrat Christoph in Ohlau als Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt.

*** Von der „Germanifikation“.** Alle katholischen polnischen Postunterbeamten im Rattowitzer Postbezirk werden, wie der „Gornolaj“ meldet, in rein deutsche evangelische Gegenden versetzt.

*** Das Arbeitersekretariat Breslau** ist im Monat März von 358 Personen, 312 männlichen und 41 weiblichen, in Anspruch genommen worden, im Vormonat von 329; mit 109 Personen, die das Sekretariat in einer Sache wiederholt besuchten, beträgt die Gesamtbesuchszahl 482. Die Auskunftsfindenden gehörten sämtlich der Arbeiterklasse an, organisiert waren 252, 21 Ehefrauen von Organisierten, 80 organisationsunfähig; 326 hatten ihren Wohnsitz in Breslau, 27 auswärtig. Mündlich erledigt wurden 220, 183 schriftlich, Zahl der Schriftsätze 186; hierzu kommen noch 1160 Einladungen zu Versammlungen verschiedener Gewerkschaften. Der einzige Angestellte besuchte ferner 11 Gewerkschaftsversammlungen und Sitzungen; in 7 beselben hatte er Vorträge zu halten.

*** Der Jaguz von Mauerern nach Posen** ist streng ferngehalten, da sich die dortigen Mauerer in einer Lohnbewegung befinden.

*** Aus der Fabrik von Schwerin und Söhne.** (Gewerbe-gericht.) Das Arbeitsmädchen Klase war in der Spinnerei von Schwerin und Söhne beschäftigt. Es ist ohne vorher gekündigt zu haben, aus der Arbeit gegangen und deshalb wurde ihm der letzte Wochenlohn von 4.71 Mk. einbehalten. Die Spinnerin klagte wegen dieses Betrages. Der Vertreter der Firma machte in der mündlichen Verhandlung geltend, daß die Klägerin den Wochenlohn verdient habe, weil sie der Arbeitsordnung gemäÙ die Arbeit ohne Wille und Wissen der Betriebsleitung verlassen. Die Arbeitsordnung bestimmt ausdrücklich, daß demjenigen, wer sich eines Vertragsbruchs schuldig mache, der Lohn bis zur Höhe des Wochenverdienstes einbehalten werde, danach hätte die Klägerin sich richten sollen. Das Mädchen erklärte dem gegenüber, daß es ganz gern in der Fabrik geblieben wäre; der Vertreter hätte sie aber mit den größten Schimpfworten beleidigt und das habe sie sich nicht gefallen lassen wollen. Von einer Einigung wollte der Vertreter nichts wissen, darunter würde die Klägerin zu sehr leiden, denn wenn die Arbeiterinnen erfahren würden, daß die Klägerin doch zu ihrem Geilde gekommen ist, dann würden sie es ebenso machen. Das Gewerbegericht entschied an Ungunsten der Klägerin aus dem Grunde, weil sie nicht nachgewiesen vermochte, daß sie während der letzten Woche ihrer Beschäftigung vom Meister beleidigt worden sei. Das, was früher geschehen, könne das Gericht nicht als einen stichhaltigen Grund ihres Verhaltens anerkennen. Sie sei vertragsbrüchig geworden und habe demnach die Folgen zu tragen.

Die Schwerin'sche Spinnerei ist uns aus früheren gewerbegerichtlichen Verhandlungen genügend bekannt als eine Fabrik, die in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse der dort Angestellten viel zu wünschen übrig läßt, dies ist um so mehr zu vermerken, als der Chef Herr Dr. Schwerin, Mitglied der Gesellschaft für soziale Reform ist.

*** Wegen Vergehens im Amte** hatte sich der 34-jährige Postkassierer Carl Koster von hier vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Breslau zu verantworten. Koster war, nachdem er in Doppelgeleit hatte und als Invalide entlassen worden war, hier beim Postamt 3 am Freiburger Bahnhof angestellt worden. Wie die Verhandlung ergab, hatte er in der Nacht zum 24. Januar d. J. sechs Solatenerbriefe, in denen sich Briefmarken als Geldsendungen befanden, geöffnet und verbrannt, die Briefmarken aber für sich behalten und zu Geld gemacht. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis und erkannte ihm die Fähigkeit zur Ablegung öffentlicher Ämter auf drei Jahre ab. Wegen der Höhe der Strafe wurde Koster auch sofort in Haft genommen.

*** Zoologische Garten.** Von der von einem Abonnenten zur Verfügung gestellten Geldsumme sind einige interessante kleinere Tiere zur Ergänzung des Tierbestandes angekauft worden. Es sind dies zunächst ein Paar Tigge-Rohrdornmeln (*Micromys leucolophus*), Bäl von der Größe der europäischen Fledermaus, die der Garten seit sechs Jahren in einem bei Wilhelmshafen gefangenen Exemplar besitzt, aber dunkler und aufwallender gefärbt wie die es. Die Bäl, die in unserem Tierbestande noch niemals hier vertreten waren, sind im Vogelhaus in der Kranichallee untergebracht; ferner ein Paar sibirische Badeschnecken (*Tamias striatus*), so genannt, weil sie im Besitz von Badeschnecken f. h. Anstaltungen der Mundhöhle, in denen sie Nahrung aufbewahren können; der Garten besitzt seit einem Jahre die nahe verwandte amerikanische Form (*Tamias lysteri*), die für die amerikanischen Weibchen, denen sie als ground squirrels oder Erdhörnchen bekannt, oft eine große Plage sind; endlich ein Paar Palmbräucher (*Sciurus palmarum*), niedliche dreimal längegestrichelte Echdräucher, deren Heimat Indien ist. Außer diesen Geschenken sind auch folgende neue Erwerbungen zu erwähnen: ein Paar amerikanische Schwalben (*Cygnus oder immutabilis*), eine der selteneren Verwandten der Art, die dieselbe nördlich vom Polarkreis und auf Island zu ersten scheint und im Winter gemächlich regelmäßig an den Nordküsten erscheint; auch im Jugendkleide sind diese Schwalben, im Gegensatz zu den Flederschwalben, ganz weiß; sie werden zum ersten Male in unserem Garten angesetzt; ferner ist ein Paar (*Coelogenys pacis*) erworben, eine jener größeren südamerikanischen Nagetierformen, die in unserem Bestande seit mehreren Jahren fehlen. Sie sind größer und plumper gebaut, als die nahe verwandten Agutis, die der Garten in zwei Arten besitzt, kolobabram gefärbt und weiß gefleckt. — Endlich wurde eine weibliche Krantanzke (*Megapala coronata*) angekauft, so daß der Garten nun wieder ein Paar dieser prächtigen, in unserer Kolonie Kaiser Wilhelmshafen (Nen-Günne) lebenden Krantanzken besitzt, die, von Fajansen, zu den größten jetzt lebenden Tieren gehören und durch eine hakenartige Krone aufrechtstehender, zerklüfteter Federn auf dem Kopfe ausgezeichnet sind. — Als Geschenk sind in letzter Woche noch eingegangen: ein Flederschwan von Herrn Seliger in Rosenfeld bei Dre-lau, 3 Schwimmschildkröten von Referendar Krause in Pommern. — Geboren wurden zahlreiche Hiegen, ein Straßentänzer, erdäcker drei Widhäufe.

*** Eine goldene Brosche** ist am Sonntag bei der Volksvorstellung im Thalia-theater verloren worden. Der Finder möge sich in der „Volkswacht“ melden.

*** Ein Trauring** ist am Montag Abend in Gewerkschaftshaus gefunden worden. Der Besitzer möge sich am Buffet.

*** Stegung.** Wegen Sittlichkeitsverbrechen verurteilte die hiesige Strafkammer den früheren Gutbesitzer Karl Hofmann aus Posenau, Kreis Goldberg-Payrau, zu zwei Jahren Zuchthaus. Der 56-Jährige alte Angeklagte ist verheiratet, aber kinderlos. Vor etwa 5 Jahren nahm er die Tochter einer kaiserlichen Witwe aus Goldberg als Pflegevater an und hat nun mit dem

selbe wurde von einer Geschlechtskrankheit befallen, wodurch das schamlose Treiben des Angeklagten an den Tag kam.

*** Charlottenbrunn, 18. April.** Ein furchtbares Unglück passierte vorgestern in der Nachmittagsstunde auf dem Kohlen-Steinbruch, der sich oberhalb Charlottenbrunn an der Waldenburger Eisenbahn befindet. Dort wird ein großer Teil der zum Bau der Weichselbahn Schwabitz-Charlottenbrunn benötigten Sandsteine gebrochen und, wie üblich, der Fels durch Sprengschüsse gelöst. Hierbei kam es, daß die Schichtmasse im Umfang von mindestens 3 Metern Breite erst eine Viertelstunde nach dem letzten Schlag sich löste und die schon wieder vor die beschädigten Arbeiter zum Teil unter sich begrub. Einer derselben, ein alter Mann, wurde getötet, während zwei andere schwer verletzt wurden und zwei weitere mit nur leichten Verletzungen davonkamen. Die letzteren nahmen hier ärztliche Hilfe in Anspruch, während die beiden Anderen in das Karolinenkloster nach Wüstegiersdorf geschafft wurden. Den Toten konnte man, nach dem „Boten aus dem Rieseng.“, nur als unendlich entsetzt, völlig zerstückelten Leichnam, nach mühsamer und lebensgefährlicher Entferrnung der Gesteinsmassen, bergen.

*** Rattowitz, 19. April.** Seine Frau erstickt hat gestern, wie der „Rattow. Btg.“ gemeldet wird, der Arbeiter Kollsch in Rattow. Der Körper wurde bald nach der Tat von dem Gerichte festgenommen.

Soziales.

Die Invalidenversicherung der Handwerker. Die Vorarbeiten für einen Gesetzentwurf betreffend die staatliche Invalidenversicherung der selbständigen Handwerker sind im vollen Gange. Unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Euler ist eine Kommission aus den Vorständen verschiedener Handwerkskammern zusammengesetzt, um die Grundzüge für einen Gesetzentwurf festzulegen. In der letzten Sitzung des Ausschusses des deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammer-Tages wurde dieser Entwurf eingehend beraten. Es wurde dabei beschlossen, daß die Fixierung der Beiträge und der Renten sich nach dem Einkommen, das von dem Versicherten aus dem von ihm selbständig betriebenen Handwerksbetrieb erzielt wird, richten sollen. Die Durchführung der Versicherung soll durch die bestehenden Versicherungsanstalten, denen eine Abteilung für Handwerker angegliedert werden könne, erfolgen. Dem neuen Reichstage wird seitens der Handwerker-Kammer bereits eine derartige Petition zugehen. Die Regierung sieht der Frage sympathisch gegenüber.

Internationale sozialistische Politik.

Das internationale sozialistische Sekretariat in Brüssel hat auf mehrere Aufforderungen eine Rundfrage an die sozialistischen Parteien Europas und Amerikas über ihre Stellung in der macedonischen Frage und in der Bekämpfung des Militarismus gerichtet. Die erste Frage lautete: Soll das internationale sozialistische Bureau in den macedonischen Ereignissen intervenieren? Wenn ja, in welchem Sinne?

Die zunächst beteiligten bulgarischen Sozialisten erklären, die macedonische Frage sei eine Kulturfrage. „Die der Türkei unterworfenen Völkerschaften sind eine wehrlose Beute in den Händen der Agenten des Sultans und der wilden albanischen Horden. Das Fehlen der minimalisten Separation für Leben und Eigentum, die straplosen Grauel der vererbten Bureokratie, die Verfolgungen der intelligentesten Elemente machen die Atmosphäre tödlich und und rufen notwendig die Unzufriedenheit und den bewaffneten Widerstand hervor. Die Mächte aber haben das größte Interesse, die europäischen Provinzen der Türkei in einem chaotischen Zustand zu erhalten. So werden Mazedonien und in Rückwirkung auch die kleinen Nachbarstaaten, deren Appetit durch diese Verhältnisse immer gereizt wird, von dem regelmäßigen Weg einer zivilisatorischen und sozialen Entwicklung abgehalten. Das einzige Mittel, diesem Zustand ein Ende zu machen, ist die Trennung dieser Provinz vom ottomanischen Reich und die Herstellung einer Autonomie. Die Interessen der Sozialdemokratie verlangen die Herstellung gewisser politischer Bedingungen auf dem Balkan, die den dort lebenden Nationalitäten die Erhaltung ihrer nationalen Unabhängigkeit, der Voraussetzung ihrer Zivilisation, sichern.“

Die serbischen Genossen erklären sich gleichfalls für eine Intervention des internationalen Bureaus zugunsten der macedonischen Autonomie. Wenn das Bureau in Befürchtung einer kriegerischen Katastrophe bloße Reformen der vollstündigen Selbständigkeit vortrage, so müßten die von ihm geforderten Reformen doch weitergehen sein, als die von Rußland und Oesterreich-Ungarn vorgeschlagenen. Für die Intervention sind ferner die Sozialdemokratie Spaniens und die tschechischen Sozialdemokraten. Die deutsche Partei verweist auf Bernsteins Intervention im Reichstag und ist auch mit einer Resolution gegen den türkischen Absolutismus einverstanden, sofern über ihn der russische nicht vergessen werde. Frankreich (revolutionär-sozialistische Vereinigung) ist gegen die Intervention, ebenso England (Sozialdemokratische Föderation und Unabhängige Arbeiterpartei) und die polnischen Genossen, die auf die Verschiedenheiten der Anschauungen über die macedonische Frage verweisen. Italien antwortet, daß dort die Frage überhaupt kein Echo gefunden habe, die ungarische Sozialdemokratie gegen eine Mobilisierung wegen der macedonischen Wirren. Die holländischen Genossen erklären sich gegen die Intervention: „Die Darstellung des türkischen Grauel in Mazedonien sind stark übertrieben. Ein Manifest wäre unklug.“

Auf die zweite Frage liefen folgende Antworten ein: Im Deutschen Reich sind gegen den Militarismus keine außerordentlichen Aktionen unternommen worden. Die Sozialdemokraten bekämpfen das Militärbudget und demonstrieren am 1. Mai auch für den Frieden. Italien wünscht die Initiative des Bureaus. In Frankreich werden die Sozialisten die Umwandlung des stehenden Heeres in eine Miliz bei der entscheidenden Debatte über die zweijährige Dienstzeit von neuem beantragen. Die revolutionär-sozialistische Vereinigung verlangt die Intervention des internationalen Bureaus. Die Frage soll mündlich auf der nächsten Konferenz der Genossen verhandelt werden. Serbien, Bosnien, Bulgarien berichten über anti-sozialistische Reaktionen. Die tschechischen Sozialisten

Deutscher Reichstag.

292. Sitzung, Dienstag, 21. April 1903, 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Posadowsky, Kraetke. Präf. Graf Wallerstein...

In erster und zweiter Lesung wird debattiert die Ergänzung des § 51 des Reichsbeamtengesetzes...

Es folgt die Beratung des Entwurfs einer Bekanntmachung betreffend

Änderung des Wahlreglements (Klosettgesetz).

Abg. Gröber (Zentrum) (zur Geschäftsordnung): Das Wahlreglement hat nicht die formalrechtliche Bedeutung eines Gesetzes...

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt die Zustimmung des Bundesrats zu der Auffassung des Vorredners.

Abg. Gamp (Np.): Wir beabsichtigen keineswegs die Verabschiedung dieser Vorlage zu hindern...

Abg. Gröber (Zentr.): Schließe die Vorlage sich an die Beschlüsse des Reichstages an...

Abg. Gröber (Zentr.): Schließe die Vorlage sich an die Beschlüsse des Reichstages an, so wäre ein noch besserer Schutz des Wahlgeheimnisses erreicht worden.

Abg. Gumburg (konf.): Wir haben nichts gegen die Sicherung des Wahlgeheimnisses, sehen aber in der Vorlage nicht den geeigneten Weg...

Abg. Bassermann (natl.) tritt für den Entwurf ein.

Abg. Blos (Soz.): Im Interesse des Publikums soll die Vorlage verabschiedet werden...

Abg. Gröber (Zentr.): Das Gesetz ist ungeschicklich, ist nicht einzeln zu nehmen...

Abg. Gamp (Np.): Unsere Stellung zu der Sache ist bekannt; ich will darauf ebenförmig eingehen...

Abg. Gröber (Zentr.): Die bisherige Gewährung der Sicherheit des Wahlgeheimnisses ist der konservativen Partei zu gute gekommen...

Abg. Gröber (Zentr.): Die bisherige Gewährung der Sicherheit des Wahlgeheimnisses ist der konservativen Partei zu gute gekommen...

Vom Unwetter.

Reichstagspräsident Graf Wallerstein ist Dienstag früh 3 1/2 Uhr in Berlin eingetroffen...

Auch in Sachsen hat das Unwetter stark gehaust. Aus Dresden wird gemeldet: In der Nähe der Bürgersäule...

An und auf der See

Der Sturm gewaltige Verwüstungen angerichtet. Wie man einem vom 19. April aus Klostod datierten Berichte de. Voss. Ztg. nachstehende Darstellung:

Seit heute Nacht tobt an der westeuropäischen Küste ein schwerer Nordoststurm. Das Unwetter setzte gegen 1 Uhr Nachts ein...

Die Dampfer der Ostsee sind in großer Gefahr. Die Dampfer der Ostsee sind in großer Gefahr...

Die Dampfer der Ostsee sind in großer Gefahr. Die Dampfer der Ostsee sind in großer Gefahr...

Die Dampfer der Ostsee sind in großer Gefahr. Die Dampfer der Ostsee sind in großer Gefahr...

Die Dampfer der Ostsee sind in großer Gefahr. Die Dampfer der Ostsee sind in großer Gefahr...

gefährdende Kleinheit der Wahlbezirke — bekanntlich eine Vorkamerliche Erstfindung. — über die zu frühe Aberaumung der Stichwahlen...

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es sich hier um eine Verordnung und nicht um ein Gesetz handelt...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

Abg. Dr. Wachnig (freis. Vag.): Selbstredend bestürmen meine Freunde den Entwurf, der ja im Grunde unter aller Antrag ist...

worben ist, einen entwürdigenden Sinn unter. Der Ausdruck stammt, soviel ich weiß, aus einem Wahlspruch in Australien...

Abg. Gröber (Zentr.) tritt nochmals für die Annahme der Vorlage ein. Das Haus müsse den Entwurf entweder in der Fassung der Regierungsvorlage annehmen oder ihn ablehnen...

Abg. Delfor (Welfe) spricht sich für die Vorlage aus. Abg. v. Schelle-Bumstorf (Welfe): Die Sicherung des Wahlgeheimnisses ist ebenso eine fällige Pflicht...

Abg. v. Schelle-Bumstorf: Es handelt sich um die Übertragung der sachsenverordneten Wählerliste, und wir werden uns das Recht nicht nehmen lassen...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht, wir Konservativen hätten nicht den Mut...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht...

Abg. Gumburg (konf.): Ich halte es für überflüssig, die vom Abg. Gumburg unter Beratung auf den Grafen Posadowsky ausgeprochene Ansicht...

Das Abgeordnetenhaus

hielt am Dienstag nach der Osterpause die erste Sitzung ab. Die noch ausstehenden Eisenbahnervertragsverhandlungen...

Der Eisenbahnminister nahm dabei Gelegenheit, über die Schneesverwahrungen der letzten Tage ausführliche Mitteilungen zu machen...

Zu einer langen Diskussion gab ein vom Zentrum unterstützter konservativer Antrag des Abg. Weihe Anlaß, die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs zu ersuchen...

Wenn die Sache nicht Geld kosten würde, hätte der Finanzminister gewiß gar nichts einzuwenden gehabt. Der feinsinnige Abg. Hirsch legte in längerem Ausführungen klar...

Der „Wolgaster Anzeiger“ meldet aus Zinnowitz: Im Noewestrum ist an der Küste der von Schweden kommende, mit Zinnem befrachtete Schonor „Schwalbe“ aus Barch gestrandet...

Aus aller Welt.

Zur Kaiserin Affäre. Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Die in dem Morde der Kadenschule in Königs bei den Verheerungen gemündeten Schube gehörten nach Feststellung der Eltern nicht Winter. — Wo können sie eventuell zu Nachforschungen sich eignen.

Selbstmordversuch mit Rum. Familiengermüthe wegen wollte in Wien eine Magd ihrem Leben ein Ende machen. Sie dankt zu diesem Behufe einen Viertel Liter Rum auf einen Zug aus und verfiel sogleich in Bewusstlosigkeit...

Die christliche Liebe. Die Toleranz der Kirche, schreibt das Z. L., wird trefflich beleuchtet durch eine Begebenheit, die vor einigen Tagen in einer märkischen Stadt passierte. Dort sollte ein jüdischer

überjähriges uneheliches Kind bekräftet werden, das von seinen Großeltern, durchaus achtsam und thätigen Vätern, gepflegt und erzogen worden war. Die kirchlichen Behörden bei der Begräbnisfeier wollten der zweite Geistliche des Ortes nicht auf eigene Verantwortung v. Uelsen. Der Superintendent lehnte erst am Abend vor dem Begräbnis von einer Reise zurück. Sofort begab er sich Mutter und Gekränkter des Kindes zu dem geistlichen Herrn, um die gewünschte Erlaubnis einzuholen. Sie wurde rundweg abgelehnt. Nach eintägigem Flehen und Bitten meinte der Herr, er wolle nichts gegen eine kirchliche Bestattung haben, wenn der Kirchenrat mit einverstanden sei. Er würde ein Zirkular sofort in Umlauf setzen, und am nächsten Morgen, dem Begräbnistage, läßt die Anträge beim Kirchenrat unterbreiten — sie wäre schließlich in liberaler Weise beanwortet worden — und der Mutter wurde der Beiseid, daß die Begräbnis ohne Geldgehalt und ohne Begleitung eines Geistlichen erfolgen würde. Und so geschah es denn auch. Der Großvater hatte trotzdem an die Kirchenbehörde für eine „Kinderleiche“ 218 Mk. zu zahlen. Wofür? Es beruht in der Bevölkerung des Ortes eine sehr erklärliche Erregung, die sich nicht gerade in kirchenfreundlichem Sinne äußert. Von welchem Alter an würde ein unehel. der Mensch anshören, ein Ch. i. weiten Grades zu sein, oder würde ihm selbst nach einem Alter von achtzig Jahren — konsequent wäre es — ein kirchliches Begräbnis verweigert werden?

Ein weiterer Vorfall hat sich in Koburg am Steinweg abgepielt. Ein Spatzvogel hatte sich den Scheck geleistet, in eine der bekannten Papierhüllen, die mit dem Vo. druck 50 Mark in 1-Markstücken versehen war, ein Stearinlicht von entsprechender Größe hineinzuschieben und die Hülle zu verriegeln. Die Hülle legte er dann mitten auf die Straße. Es dauerte nicht lange, da kam ein junger Mann angerastelt und im Vorbeifahren das „Wackellicht“ mit scharfem Nadelblick erkennend, machte er sofort in kurzem Bogenschritt und sprang ab. Im gleichen Moment kam ein Mann mit einer Karte daher — gerade auf die Geldrolle zu. Während der Nadel sich bückte, hielt er aufzuheben, gab der Karte den ihr mit dem Fuße einen Stoß, um sie dann aufzuheben. Der Nadel vertierte dann die Rolle als sein Eigentum, und teur verriegelt, daß er das Geld eben von der Post geholt habe. Selbstverständlich wollte er auch einen Vordruck gewahren. Der „chliche Finder“ wollte sich jedoch auf nichts einlassen, und die Lage muß daher an, gefährlich zu werden. Im Laufe der erregten Debatte wickelte der Mann die Rolle auf, und als nun die Hülle sich zeigte, zeigte sich der in gespannter Erwartung Verweilende in blendender Weiße — die Karte, helles Gelächern, und der drohende Blick des Mannes, der die Rolle aufzuheben wollte, aber, der ein eintägig

